

Edgar Wolfrum

**Die Bundesrepublik Deutschland –
trotz allem glücklich?**

GWU 60, 2009, H. 9, S. 468-477

Die Bundesrepublik hat sich zu einer reformfähigen Wohlstandsgesellschaft wie nur wenige in der Welt entwickelt. Kaum jemand hat dies den Deutschen 1949 zugetraut; die Wandlungsprozesse bis heute waren enorm. Kalter Krieg, Wirtschaftsboom, Sozialpolitik, Wahlsystem, Grundgesetz, Reformdruck und nicht zuletzt eine anfangs skandalöse Politik gegenüber den NS-Funktionselementen stabilisierten den jungen Staat. Seit den 1960er Jahren kam als weltweiter Trend der Industriegesellschaften eine neue Dynamik hinzu. Auch aktuelle Problemlagen nach der Wiedervereinigung revidieren den Befund einer – im internationalen Vergleich – „trotz allem“ gelungenen Demokratie nicht wesentlich.

Hans-Ulrich Wehler

Die Last des Erfolgs

Die Vorteile des „Wirtschaftswunders“ und die Bürde der Sozialen Ungleichheit – eine historische Kosten-Nutzen-Analyse nach 60 Jahren Bundesrepublik

GWU 60, 2009, H. 9, S. 478-489

Zur Zeit überwiegt der Lobgesang zu den 60-Jahr-Feiern der Bundesrepublik, eines erfolgreichen stabilisierten Neustaates. Anstatt diesem Chor einen weiteren Beitrag hinzuzufügen, betont der folgende Essay zwei dieser zahlreichen positiven Wirkungen des wirtschaftlichen Aufschwungs in Gestalt des „Wirtschaftswunders“, erinnert aber dann an die Belastungen, die dieser Erfolg im Bereich der „Sozialen Ungleichheit“ hervorgerufen hat. Deren Problematik wird, so die These, als Folge der derzeitigen Krise die künftige innenpolitische Diskussion maßgeblich mitbestimmen.

Heinrich August Winkler

**Die deutsche Frage ist gelöst,
die europäische Frage ist offen**

60 Jahre Bundesrepublik: Rückblick
und Ausblick

GWU 60, 2009, H. 9, S. 490-494

Erst seit 1990 gehört ganz Deutschland zum Kreis der westlichen Demokratie. Die Wiedervereinigung bedeutet die Lösung der deutschen Frage als Problem des Verhältnisses von Einheit und Freiheit, als Problem des Territoriums und der Grenzen sowie als Problem der europäischen Sicherheit. Offen ist hingegen weiterhin die europäische Frage. Die Vertiefung des Einigungsprozesses erfordert die Stärkung der repräsentativen Demokratie auf nationaler wie auf europäischer Ebene.

Christoph Kleßmann

Wiedergelesen:

Die doppelte Staatsgründung

GWU 60, 2009, H. 9, S. 495-500

Die bewusst locker gehaltene Miszelle skizziert die Entstehungsbedingungen der Darstellung der „doppelten Staatsgründung“ und des Folgebandes. Im Gefolge der Spaltung Deutschlands wurde in den 80er Jahren auch die Teilung der bundesrepublikanischen Historiografie unübersehbar. Das Konzept der parallelen Darstellung beider deutscher Staaten und Gesellschaften ging primär von der Frage nach wechselseitigen Einflüssen aus, nach Abgrenzungen und Verflechtungen. Dieser damals eher ungewöhnliche Ansatz hat sich auch nach dem Ende der DDR als tragfähig erwiesen.